

Termine:

Bd. CXVIII

laufende Sachen
Verfügungsband des UR

Justizprüfungsamt?

Ja - nein

Falls ja: P - K - V - R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem Landgericht Berlin

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

zu a) RA. v. Heynitz Vollmacht Bl.

" " Möller

zu b) " Weimann

gegen a) Boßhammer, Friedrich

b) Hartmann, Richard

c) Hunsche, Otto

d) Pachow, Max

e) Jänisch, Rudolf

f) Wöhrn, Fritz

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Landesarchiv Berlin
B Rep.

Nr.:

4966

Strafvollstreckung im

Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

17s 1/65 (RSHA)

(173-174/69)

AU 57

III VU 16/69

..... Justiz – amtmann – ober – inspektor

Kostenrechnungen Bl.

Gemäß der Kostenverfügung geprüft bis Blatt

am 19

Justiz – amtmann – ober – inspektor

[illegible]

21. Januar 1971

Staatsanwaltschaft
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, del 309
(betr. RSA) Anschrift: Turmstr. 91.
1 Berlin 19 (Charlottenburg), den 35.01.11 (933)
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf: 306 00 11 (App.:)
(Im Innenbetrieb: 968)
Telex 182 749
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00

An den
Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin
- Herrn LGDir Halbedel -

25. JAN. 1971
[Signature]

zu III VU 16/69

Als Anlagen übersende ich Abschriften der Schreiben des Untersuchungsrichters vom 18. Januar 1971 an Herrn Medizinaldirektor Dr. Meitzner und Herrn Dr. Hiob sowie eine Ablichtung der ärztlichen Stellungnahme des Herrn Dr. Meitzner vom 8. Januar 1971.

2
Meines Erachtens bestehen Bedenken gegen die den Ärzten vorgelegten Fragen, weil die darin angesprochenen Punkte von den Ärzten praktisch unter keinen Umständen ausgeschlossen werden können.

Ich habe mit Herrn Dr. Meitzner persönlich und mit Herrn Professor Phillip und Herrn Dr. Hiob fernmündlich meine Bedenken erörtert.

Im Anschluß an die Rücksprachen mit den Ärzten bitte ich, die den Ärzten unter dem 18. Januar 1971 gestellten Fragen dahin zu ergänzen, ob

- a) der Angeschuldigte B o ß h a m m e r gegenwärtig haft- und verteidigungsfähig ist (worüber allerdings nach der ärztlichen Stellungnahme vom 8. Januar 1971 keine Zweifel bestehen dürften) und
- b) eine sichere Prognose dahin möglich ist, daß sich der Zustand des Angeschuldigten Boßhammer in absehbarer Zeit verschlechtern werde oder ob auch eine Stagnation seines derzeitigen Zustandes möglich sei.

[Signature]
(Stief)

Staatsanwalt

HEINZ MÖLLER

RECHTSANWALT

FERNRUF: 6 38 42 · POSTSCHECKKONTO KÖLN 48 299 · BANK: COMMERZBANK AG., WUPPERTAL-BARMEN 40 371

An den

Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

56 WUPPERTAL-OBERBARMEN
Berliner Straße 106

den 5.2.1971 -M/Hi-

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Neue Ref-Nr.:
66 38 42

In der Voruntersuchungssache
gegen

Friedrich Boßhammer

- 3: WU 16.69 -

Urschriftlich

Herrn Generalstaats-
anwalt bei dem Kammer-
gericht

-z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt Hölzner-
-im Hause-

mit der Bitte um Kennt-
nis und Stellungnahme
übersandt.

Berlin 21,d.8.Febr.1971

Der Untersuchungsrichter III
b.d.Landgericht Berlin

(Häbbedel)
Landgerichtsdirektor

beantrage ich, im Rahmen der noch nicht ab-
geschlossenen Voruntersuchung die Vernehmung
nachfolgender Zeugen:

1. Frau Anita Elisabeth Hertha Spieß,
2800 Bremen, Schönebecker Kirchweg 69.

Bei dieser Zeugin handelt es sich um die ge-
schiedene Ehefrau Boßhammer. Sie wird bekunden,
daß ihr geschiedener Ehemann, Herr Friedrich
Boßhammer, alles andere als eine "Führernatur",
wie anderweit zeugenschaftlich bekundet, ge-
wesen ist.

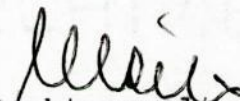
Sie wird ferner Aussagen über die gesamte
seelische Konzeption ihres geschiedenen Ehe-
mannes machen, ein Umstand, der für die sub-
jektive Seite von entscheidender Bedeutung
sein wird.

2. Reichsminister a. D. Albert Speer, dessen
ladungsfähige Anschrift über die dortige
Staatsanwaltschaft in Erfahrung gebracht
werden kann.

Dieser Zeuge wird bekunden, daß für die ge-
samte damalige Reichsregierung sowie für alle

Behörden - auch für das RSHA - ein Erlaß Hitlers maßgebend war, der die Bediensteten verpflichtete, nur das an Informationen weiterzugeben, was für andere notwendig war, um ihre Arbeit durchzuführen. Der Zeuge wird weiter aussagen, daß er sogar als Rüstungsminister von den Judenvernichtungen erst im Nürnberger Prozeß erfahren hat.

Bekanntlich läßt sich Herr Boßhammer in gleicher Richtung ein. Für die Beurteilung der täterbezogenen Merkmale und die subjektive Seite ist auch die Beweiserhebung unerläßlich.


Rechtsanwalt

**Der Untersuchungsrichter
beim Landgericht Berlin**

III

III VU 16.69

1 Berlin 21, den 11. Februar 1971
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11

4

Bitte bei allen Schreiben angeben!

1 Js 1.65 (RSA)

Urschriftlich mit Anlagen

12. FEB. 1971
2 Bul. N.

Herrn Generalstaatsanwalt bei
dem Kammergericht, z.Hd. Herrn Staatsanwalt Stief,
im Hause,

zu den dort befindlichen Akten nach Kenntnismahme
des dortigen Schreibens vom 6. Februar 1971 mit Dank
zurückgesandt.

2. S. R. n. R.

12.1.71

(Handwritten signature)

(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

Staatsanwaltschaft
**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in dieser Sache 1 Berlin 21, den 4. Februar 1971
(Bere. RSHA) Anschrift: Turmstr. 91, 1309
Fernruf: 35 01 11 (933)
1 Berlin 19 (Charlottenburg), den
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf: 306 00 11 (App.:)
(Im Innenbetrieb: 968)
Telex 182 749
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 – 13.00

Urschriftlich mit einer Anlage

dem Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin,

Herrn Landgerichtsdirektor H a l b e d e l

übersandt.

In Beantwortung des dortigen Schreibens vom
29. Januar 1971 und im Anschluß an die denselben Gegen-
stand betreffenden mündlichen und fernmündlichen Unter-
redungen darf ich folgendes versichern:

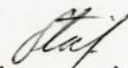
Die im zweiten Absatz meines Schreibens vom
21. Januar 1971 genannten Bedenken richten sich nicht
gegen die den Ärzten unter dem 18. Januar 1971 mitge-
teilten Fragen, sondern lediglich gegen deren Formulierung.

Wenn diese Bedenken mit den Ärzten unmittelbar erörtert
worden sind, so geschah das in der sicheren Annahme, des
dortigen Einverständnisses im Hinblick auf die telefonische
Unterredung vom 14. Januar 1971. Ich darf ausdrücklich er-
klären, daß ich mit der im vorletzten Absatz des dortigen
Schreibens vom 29. Januar 1971 gegebenen Anregung grund-
sätzlich voll übereinstimme.

Im Mittelpunkt der ausführlichen persönlichen Rücksprache
mit Dr. M e i t z n e r und der knappen fernmündlichen
Unterredung mit Prof. P h i l l i p stand die außer-
ordentlich lange Untersuchungshaft des Angeeschuldigten

B o ß h a m m e r , die sich auf seinen Gesundheitszustand naturgemäß nachteilig ausgewirkt habe, ohne daß derzeit eine Haft- oder Verteidigungsunfähigkeit unmittelbar bevorstehen dürfte. Wie diese Fragen in Zukunft zu beurteilen sein werden, sei ungewiß. Eine Verschlechterung des Zustandes des Angeschuldigten sei keineswegs ausgeschlossen; denkbar sei aber auch - so insbesondere Prof. P h i l l i p - , daß sich die Beschwerden B o ß h a m m e r s nicht progressiv verhalten würden. Herr Dr. M e i t z n e r wies insbesondere darauf hin, daß nicht gesagt werden könne, wie B o ß h a m m e r reagieren werde, wenn der Zeitpunkt der Hauptverhandlung in unmittelbare Nähe gerückt sei.

Mein Schreiben vom 21. Januar 1971 habe ich wieder beigelegt in der Annahme, daß von den übrigen Anlagen des dortigen Schreibens vom 29. Januar 1971 Durchschriften dort vorhanden sein werden.


(Stief)
Staatsanwalt

Schl

Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

8. Februar 1971

- 3 VU 16.69 (RSA) -

V f g.

✓ 1.) zu schreiben:

Herrn

Rechtsanwalt Heinz M ö l l e r

56 Wuppertal - Oberbarmen

Berliner Straße 106

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

In der Voruntersuchungssache gegen Friedrich B o ß h a m m e r

beziehe ich mich auf Ihren Schriftsatz vom 5. Februar 1971 und
bitte um Mitteilung, ob Sie darüber informiert sind, daß
Frau Anita Elisabeth Hertha S p i e ß , 2800 Bremen, Schönebecker
Kirchweg 69,

von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 Abs.1 Nr.2 StPO
keinen Gebrauch machen wird.

Hochachtungsvoll

Ha

(Halbedel)
Landgerichtsdirektor

zu i/geführt.
n. ab
SLA 8/2.71

8

Urschriftlich
mit 3 Blatt Anlagen

11. FEB 1971

dem Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin
Herrn Landgerichtsdirektor Halbedel

übersandt

mit folgender Stellungnahme zu den Anträgen des Verteidigers,
Rechtsanwalt Möller, vom 5. Februar 1971:

M. E. können beide benannten Zeugen keine für das vorliegende
Verfahren wesentlichen Bekundungen machen.

Das Verhalten des Angeschuldigten B o ß h a m m e r in
seiner privaten, insbesondere familiären, Sphäre läßt keinen
Rückschluß auf sein Verhalten im dienstlichen Bereich zu. Es
^{wäre z.B.} ~~ist~~ durchaus denkbar, daß auch Himmler, Heydrich oder Eichmann
"Pantoffelhelden" gewesen sind. Zudem hat der Angeschuldigte
Boßhammer gerade in den Zeiträumen, für die ihm strafbare
Handlungen vorgeworfen werden, nicht mit seiner Familie zusammen-
gelebt. Der Erlaß des Führerbefehls Nr. 1 ist eine historische
Tatsache, für die es einer Beweiserhebung durch Zeugenverneh-
mungen nicht bedarf. Abwegig muß es erscheinen, die insoweit
im Rüstungsministerium geübte Praxis heranziehen zu wollen
als Parallele für die Übung im Judenreferat.

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

Berlin 21, den 10. Februar 1971

V
Vor einer Entscheidung
über die Vernehmung
des jungen Spröß und
die Antwort des Verteidigers
auf die Frage der Aussagebereitschaft
des jungen Angeklagten wurden

(Stief)

Berlin 21, den 15. Febr. 1971 Staatsanwalt

Kaunert

HEINZ MÖLLER

RECHTSANWALT

FERNRUF: 6 38 42 · POSTSCHECKKONTO KÖLN 48 299 · BANK: COMMERZBANK AG., WUPPERTAL-BARMEN 40 371

An den

Untersuchungsrichter III
beim Landgericht

Neue Ruf-Nr.:
66 38 42

56 WUPPERTAL-OBERBARMEN
Berliner Straße 106

den 12.2.1971 -M/Hi-

1 Berlin 21

Turmstr. 91

F	Anlagen
	Abschriften
	DM Kauf M.

15. FEB. 1971
[Signature]



Sehr geehrter Herr Landgerichtsdirektor!

In der Voruntersuchungssache gegen Herrn Friedrich Boßhammer - 3 WU 16.69 (RSA) - bestätige ich dankend den Eingang Ihres Schreibens vom 8. Feb. 1971 und teile Ihnen mit, daß ich darüber informiert worden bin, daß Frau Anita Spieß von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 Abs. 1 Nr. 2 StPO keinen Gebrauch machen wird; Frau Spieß wird aussagen.

Pflichtgemäß weise ich darauf hin, daß Frau Spieß körperlich nicht in der Lage ist, sich in Berlin vernehmen zu lassen.

Gegebenenfalls müßte sie an ihrem Wohnort vernommen werden.

Ich wäre dankbar, wenn Termin zu ihrer Vernehmung nicht in der Zeit zwischen dem 16. und 31. März 1971 anberaumt würde, da ich in dem angegebenen Zeitraume in einer groß angelegten Strafsache bei der Jugendkammer des Landgerichts in Düsseldorf als Verteidiger tätig bin.

Hochachtungsvoll

[Signature]
Rechtsanwalt

Urschriftlich

an den Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht
z.Hd. Herrn Staatsanwalt Stief,
im Hause,

zur gefl. Kenntnissnahme u. mit der Bitte um Rückgabe übersandt.

Berlin 21, den 15.2.1971

Der Untersuchungsrichter III
Beim Landgericht Berlin
Landgerichtsdirektor

Unbeschriftet

18. FEB 1971

dem Untersuchungsrichter III

- Kern Landgerichtsrichter Fallmüll -

- im Hause -

nach Kenntnisnahme Landbund zurückgekehrt.

Bln. 21, den 16.2.1971

Staatsanwaltschaft beim Landgericht

Stiel, H.D.

Eilt sehr!

103/8

(Buchnummer)

1971. FEB. 23

Lo. den 21. 2. 71

23. FEB. 1971 (Ort und Tag)

Ich,

Prof. Hammer Fritz

(Name, Vorname)

Haus

IV

Abt.

V/2

habe folgende Bitte:

Sehr geehrter Herr Landges.
Sis. Halbedel!

Darf ich höflichst bitten, dem an-
liegenden Brief

Sprechstundenschein zum
Do. den 25. und
Freit. den 26. 2. 1971

beizufügen für meine Frau Luise
Prof. Hammer?

Mit herzlichem Dank: hochachtungsvoll:

Fritz Prof. Hammer

(Unterschrift)

(Dieser Teil darf vom Antragsteller nicht beschrieben werden)

1) nach Antrag (jeweile Stunden)

2) p.d.A.

3) hier vorgesch. am 23. 2. 71 morgens

28/2/71

VR

2 Sprechstunde
ab am Fr. 25. 2. 71
4. den 25. 2. 71
2. 71 am 23. 2. 71
Grews

erl. zu 1) u. 2) am
1. März 1971. 11

Verfg.

Lewis

- 1.) Origin.Gutachten des Herrn Dr. Hiob
vom 23.2.1971 urschl. an StA b.KG.
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Stief,
im Hause.
- 2.) Abschr. des Gutachtens vom 23.2.71 an
RA. Steinacker in Frankfurt/Main, Kleine Wiesenau 1,
zur Kenntnisnahme.
- 3.) Vermerk: RA. Weimann hat Abschr. des obigen
Gutachtens bereits erhalten.

Berlin 21, den 1. März 1971.

Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin,

Kammer
Landgerichtsdirektor.

2. MRZ. 1971

1) je 1 Abkantung des festschens von Prof. Philipp v. 18.2.71
überseenden an

a) RR. Wemmann

b) Rkte Künacher, Dr. Eggert, Loeb
6 Frankfurt / M., Kleine Wiesenau 1

z. H.
1261

zur offl. Kenntnisnahme

(1) festschens Prof. Philipp v. 18.2.71 5x abkanten

3) Urschriftl. mit festschens des Prof. Philipp v. 18.2.71

dem Untersuchungsrichter III

bei dem Landgericht Berlin

zu III VU 16/69

- Herrn Landgerichtsdirektor Kalliedel -
- im Hause -

zu den bereits vorausgeschickten Akten nachgehandelt.

Die Liquidation habe ich der Berechnungsstelle zugewandt mit der
Bitte, sie nach Erledigung zum dertigen Vorgang zu rücken.

Bln. 21, den 25.2.1971

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht

Stef. H.R.

zu 1) ab aus

25. FEB. 1971 N.

zu 2) 5x Fotok.
Gf. 25. FEB. 1971
Pera

Verfg.

1. Vier Fotokopien vom Gutachten von Prof. Dr. Phillip vom 18. 2. 1971 herstellen.

2. Urschriftlich mit Gutachten, Fotokopien und Sachverständigenliquidation

Herrn Genralstaatsanwalt beim Kammergericht,
im Hause, z.Händen von Herrn Staatsanwalt Stief,

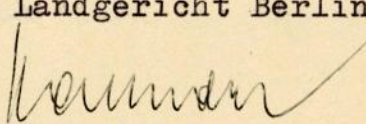
mit der Bitte um Kenntnissnahme. Im Hinblick darauf, daß die Akten sich dort befinden, bitte ich, die Fotokopien vom Gutachten

a) dem Verteidiger, Rechtsanwalt Weimann, zu übersenden,

b) eine weitere Fotokopie zur Kenntnissnahme an Rechtsanwalt Steinacker, Frankfurt, zu übermitteln.

Aus dem gleichen Grunde bitte ich, die anliegende Liquidation unter Beifügung der dort befindlichen die Untersuchung und Begutachtung anordnenden Verfügung der Berechnungsstelle für Zeugen- und Sachverständigengebühren im Hause zuzuleiten.

Berlin 21, den 23. Februar 1971
Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin,


(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

13

INSTITUT FÜR FORENSISCHE PSYCHIATRIE
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

Herrn
Landgerichtsdirektor
Halbedel
bei dem Landgericht Berlin

1 Berlin 21
Turmstraße 91

1 Berlin 45, den 18.2.1971
Limonenstraße 27
Fahrverb.: Omnibus 48 (Asterplatz)
Fernruf: 76 73 14/15

Tagebuch-Nr. Ph/kö


In der Voruntersuchungssache gegen den Rechtsanwalt Otto Heinrich H u n s c h e, geb. am 15.9.1911 in Recklingshausen, z.Zt. Untersuchungshaftanstalt Moabit, Gef.B.Nr.: 688/71, wegen versuchen Mordes, Az.: 1 Js 1.65 (III VU 16.69), teile ich mit, daß ich den Beschuldigten Otto Hunsche am 13.2.1971 in der U-Haftanstalt Moabit untersucht habe.

H. erwies sich als ansprechbar, kontaktfähig und voll orientiert. Anzeichen einer psychischen Erkrankung bzw. eines erblich fortgeschrittenen, die Geistestätigkeit beeinträchtigenden Altersabbaues ließen sich nicht feststellen.

Die bei ihm zu beobachtende depressive Verstimmung mit Neigung zur Klagsamkeit und Angstreaktionen ist im Zusammenhang mit seiner derzeitigen Belastungssituation zu sehen.

Nach dem erhobenen Befund ergeben sich psychiatrischerseits z.Zt. keine Krankheitsmerkmale, die die Annahme einer Haftunfähigkeit rechtfertigen könnten.

Prof. Dr. med.


(Phillip)

Facharzt für Neurologie und Psychiatrie

**Krankenhaus
der Berliner Vollzugsanstalten**

Der leitende Arzt

1 Berlin 21, den 1. März 1971
Alt-Moabit 12 a
Fernruf: 352701 } App.: 1052
(933)

An den
Leiter der
Untersuchungshaft- und
Aufnahmeanstalt Moabit

Betr.: Den Untersuchungsgefangenen Otto Heinrich H u n s c h e ,
geb. 15.9.1911 in Recklinghausen;
Az.: III VU 16.69 / 1 Js 1.65 (RSA)

Bezug: Berichtsauftrag vom 2.2.1971

Der Obengenannte wurde auftragsgemäß heute von mir untersucht.
Es stehen umfangreiche Unterlagen über die hiesige Behandlung,
einschließlich zahlreicher Untersuchungsergebnisse auch aus
Frankfurt/Main und Kassel zur Verfügung.

Nach den vorliegenden Befunden besteht internistischerseits Haft-
und Verhandlungsfähigkeit.

H. wird laufend anstaltsärztlich überwacht und entsprechend
behandelt; evtl. notwendige fachärztliche Kontrollen können
jederzeit durchgeführt werden.

Dr. Meitzner
Ltd. Med. Direktor

Urschriftlich



dem
Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

- III VU 16.69 -
1 Js 1.65 (RSA)

unter Bezugnahme auf den Beschluß vom
2.2.1971 übersandt.

1 Berlin 21, den 3. März 1971

Der Leiter
der Untersuchungshaft-
und Aufnahmeanstalt Moabit

(Besener)
Regierungsdirektor

Verfg.

Le.

- 1.) 4 Fotokopien von umstehenden Gutachten
herstellen lassen.
- 2.) je 1 Fotokopie an
 - a) RA. Steinacker in Frankfurt/Main,
 - b) RA. Dietrich Weimann, Berlin 19 und
 - c) StA beim Kammergericht z.Hd. von Herrn
Staatsanwalt Stief, im Hause,

zur Kenntnisnahme senden.

- 3.) z.d.A.

Berlin 21, den 9. März 1971

Der U-Richter III beim LG.Berlin

(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

St. zu 1) u. 2)
am 9.3.71
Lew

Sp 1165 (RSK 2)

16

V.

V. mit 5 Anlagen

der Berechnungsstelle - am faure -

übermittelt

mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Auf die Vfg. des Untersuchungsrichters auf der Rückseite der Liquidation des Erd. Projekts darf ich hinweisen.

Nach Erledigung hätte ich, den Vorgang dem Untersuchungsrichter III zu III VU 16. 69 zu melden.

Mn. 21, den 25. 2. 1971
Staatsanwaltschaft beim Kammergericht
Staf., H.R.

Kassenanweisung für die Auszahlung von Sachverständigengebühren

17
(Belegnummer)

Verbuchungsstelle: Abschnitt 0680 Haushaltsstelle 526 01
der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Haushalts für das Rechnungsjahr 71

Gericht (oder Staatsanwaltschaft): Landgericht Berlin
DM Auslagenvorschuß — in Kosten-
marken entrichtet — eingezahlt — zum Soll gestellt —
Armensache — nach Blatt der Sachakten

Bezeichnung der Angelegenheit: Haupts. d. Hünische

Geschäftsnummer: III VU 16/69

Termin am

(Name) (Amtsbezeichnung)

In Rechtshilfesachen

Ersuchende Behörde;

Geschäftsnummer:

Name und Vorname	Dr. Phillip, E.		
Berufsangabe	s. Anlage		
Wohnung			
Stunde			
a) des Termins	a) Uhr	b) Uhr	
b) der Entlassung			
a) Antritt	a) Uhr	b) Uhr	
b) Beendigung der Reise			
Berechnung der Entschädigung	DM	Pf.	
a) für Wahrnehmung des Termins (§ 3 ZuSEntschG)	Stunden zu	DM	Pf.
b) besondere Verrichtungen	Nr. Anl. zu § 5 ZuSEntschG		
c) besondere Entschädigung (§ 6 ZuSEntschG)	U. Anlage	30	
d) Fahrkosten, Wegegeld (§ 8 ZuSEntschG)	km Eisenbahn Klasse		
	Zuschlag für E-D Zug		
	km Landweg		
	Komb — Nacht — Tagflug		
e) Aufwand (§ 9 ZuSEntschG)	Tage zu	DM	
f) Aufwendungen (§§ 7, 10 ZuSEntschG)	Übernachtung		
	zusammen ab Vorschuß		

Anleitung.

1. Die Kassenanweisung ist im Durchschreibeverfahren herzustellen und von der Geschäftsstelle vor dem Termin vorzubereiten. Dabei kann in Rechtshilfesachen die Erteilung der Bescheinigung über den erhobenen Auslagenvorschuß unterbleiben wenn Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind.
2. Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Sachakten zu geben.
3. Von den beiden im unteren des Vordrucks vorgesehenen Auszahlungsanordnungen ist bei der Erteilung der Kassenanweisung
a) durch den Feststeller die auf der rechten Seite,
b) durch den Richter usw. die auf der linken Seite zu verwenden.
4. Vom Bezugsberechtigten etwa vorgelegte schriftliche Berechnungen sind der Kassenanweisung beizufügen; enthalten sie die erforderlichen Angaben, so genügt in Spalte 4 die Angabe des Gesamtbetrags unter Hinweis auf die Anlage.
5. Der Festsetzung des Stundenbetrags bedarf es nur, wenn eine Vergütung von mehr als 5 DM zugestimmt werden soll (§ 3 Abs. 2 Satz 1 ZuSEntschG).
6. Die einzelnen Ansätze sind, soweit erforderlich, näher zu begründen, notfalls auf der Rückseite.

Erläuterungen:

Auszahlender Betrag und Quittung

30

Festgestellt (auf DM Pf.)
Der Sachverständige erklärte auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben; er versicherte die Höhe der Auslagen.
Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

(Name) (Amtsbezeichnung)

Sachlich richtig.

Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

Berlin, den

(Behörde)

(Unterschrift)

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

Stundenbetrag: DM Pf.

Berlin, den

(Behörde)

(Unterschrift)

Sachlich richtig und festgestellt (auf DM Pf.)

Der Sachverständige erklärte auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben; er versicherte die Höhe der Auslagen.

Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.
Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

Berlin, den 8.3.71

(Name) (Schiffmann)

(Amtsbezeichnung)

HKR 174

Kassenanweisung für die Auszahlung von Sachverständigengebühren

STAT 10 000 11.70

18

(Raum für maschinelle Buchung)

Prof. Dr. med. E. Phillip
INSTITUT FÜR FORENSISCHE PSYCHIATRIE

DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN
VORSTAND: PROF. DR. MED. E. NAU

18
1 BERLIN 45, den **18.2.1971**
LIMONENSTR. 27
Fahrabd.: Omnibus 48 (Asterplatz)
FERNRUF: 76 73 14 / 15

Tagebuch-Nr. Ph/kö

In der Voruntersuchungssache
gegen den Rechtsanwalt Otto Heinrich Hunsche
wegen vers. Mordes,
Az.: III VU 16/69; 1 Js 1.65 (RSHA)

Gilt nur als Anlage zur 8.3.71
Kassenanweisung vom "
Berlin 21, den
Amtsgericht Tiergarten
Berechnungsstelle
Huppmann

erlaube ich mir zu liquidieren:

Für die Untersuchung des H.

am 13.2.71

1 Std.

= DM 30.--

Prof. Dr. med.

(Phillip)

Den Betrag bitte ich Facharzt für Neurologie und Psychiatrie
auf mein Postscheck-Konto:
Berlin West, Nr. 791 14 zu überweisen.

13.)
geprüft. 2/2.71
sda.

In der Voruntersuchungssache

g e g e n Friedrich B o ß h a m m e r und andere,
hier nur

g e g e n den Rechtsanwalt Otto Heinrich H u n s c h e ,
geboren am 15. September 1911 in Recklinghausen,
-zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt Moabit,
Gef.-Buch-Nr. 688.71-,

w e g e n versuchten Mordes u.a.

soll der Angeschuldigte auf seinen Gesundheitszustand,
insbesondere seine Haft- und Verhandlungsfähigkeit,
von Dr. M e i t z n e r , Prof. Dr. P h i l l i p und
Dr. H i o b untersucht und begutachtet werden.

Es bleibt den Ärzten überlassen, ob sie es für erforder-
lich halten, frühere Untersuchungsergebnisse aus
Frankfurt und der Strafanstalt Kassel herbeizuziehen.

Berlin 21, den 2. Februar 1971

Landgericht, Der Untersuchungsrichter III

Hannan
Landgerichtsdirektor

geprüft. 2/2.71
sda.

4.) Begl. Abschriften von 3) an:

- a) den Angeschuldigten H u n s c h e
- b) Verteidiger, RA. Weimann
- c) Dr. Meitzner, Prof.Dr.Phillip und Dr.Hiob

5.) Abschrift von 3.) zur Kenntnisnahme an Rechtsanwalt

S t e i n a c k e r , Frankfurt/Main,
Kleine Wiesenau 1

INSTITUT FÜR FORENSISCHE PSYCHIATRIE
DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

20

Herrn
Landgerichtsdirektor
Halbedel
bei dem Landgericht Berlin

1 Berlin 45, den 18.2.1971
Limonenstraße 27
Fahrverb.: Omnibus 48 (Asterplatz)
Fernruf: 76 73 14/15

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Tagebuch-Nr. Ph/kö

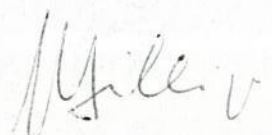
In der Voruntersuchungssache gegen den Rechtsanwalt Otto Heinrich H u n s c h e, geb. am 15.9.1911 in Recklingshausen, z.Zt. Untersuchungshaftanstalt Moabit, Gef.B.Nr.: 688/71, wegen versuchten Mordes, Az.: 1 Js 1.65 (III VU 16.69), teile ich mit, daß ich den Beschuldigten Otto Hunsche am 13.2.1971 in der U-Haftanstalt Moabit untersucht habe.

H. erwies sich als ansprechbar, kontaktfähig und voll orientiert. Anzeichen einer psychischen Erkrankung bzw. eines ^{he-}erblich fortgeschrittenen, die Geistestätigkeit beeinträchtigenden Altersabbaues ließen sich nicht feststellen.

Die bei ihm zu beobachtende depressive Verstimmung mit Neigung zur Klagsamkeit und Angstreaktionen ist im Zusammenhang mit seiner derzeitigen Belastungssituation zu sehen.

Nach dem erhobenen Befund ergeben sich psychiatrischerseits z.Zt. keine Krankheitsmerkmale, die die Annahme einer Haftunfähigkeit rechtfertigen könnten.

Prof. Dr. med.


(Phillip)

Facharzt für Neurologie und Psychiatrie

Krankenhaus
der
Berliner Vollzugsanstalten
Psychiatrisch - Neurologische Abteilung
1 Berlin 27, Seidelstraße 39

1 Berlin 27, den 23. Februar 1971

21

Urschriftlich

An den

Untersuchungsrichter beim
Landgericht Berlin

1 Berlin 21
Turmstr. 91

Az.: III Vu 16/69
1 Js 1.65 (Rsha)

In der Voruntersuchungssache gegen den
Rechtsanwalt Otto Heinrich H u n s c h e, geb. 15.9.1911,
Gef.B.Nr. 688/71, erstatte ich ein
G u t a c h t e n.

Am 17.2.1971 wurde Herr Otto H u n s c h e von mir eingehend exploriert; dabei konnten keinerlei Anhaltspunkte für geistige Ausfallerscheinungen festgestellt werden. Insbesondere fanden sich keine Anhaltspunkte für das Vorliegen eines geistigen Abbaus, einer geistigen Störung oder einer schweren Depression. Es liegt lediglich ein depressiver Verstimmungszustand mit Weinerlichkeit und Affektlabilität vor, der aufgrund der längeren Haftzeit und der Überzeugung, unschuldig zu sein, durchaus verständlich ist.

Herr Otto H u n s c h e ist haft- und verhandlungsfähig.

Hiob

(Dr. Hiob)
Medizinaldirektor

2. MRZ 1971

N.

Urschriftlich

an den Generalstaatsanwalt bei dem
Kammergericht -z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Stief-
im Hause,

mit der Bitte um Kenntnissnahme übersandt.

Berlin 21, den 1. März 1971.

Der Untersuchungsrichter III
des Landgerichts Berlin

Landgerichtsdirektor.

1) Umsätze 7x ablichten

2) je 1 Ablichtung aus Ziff. 1) an

a) R.R. Wilmann

b) Räte Stünader, Dr. Eggert, Laebe, Fipm., Klum Wüstenau 1
zur gff. Kenntnissnahme interessenden.

3) Urschriftlich

dem Untersuchungsrichter III

dem Landgerichtsdirektor Halbedel -

zu III VU. 16/69

nach Kenntnissnahme mit Dank zurückgesandt.

Berlin 21, den 2.3.1971

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht

Huf, K.R.

zu 1) 7x Foto
gg. 2. MRZ. 1971
Piza
/ zu 2) ab an
4. MRZ. 1971 Be

V e r m e r k !

Anruf vom kath.Anstaltspfarrer. Er bat um die Genehmigung, den Angeschuldigten Boßhammer im Rahmen seiner seelsorge-rischen Tätigkeit in Gesprächen und Unterhaltungen einzu-beziehen, die nicht einzeln, sondern in kleinen Kreisen von U-Häftlingen unter seiner Leitung durchgeführt werden sollen.

Die Genehmigung wurde erteilt.

Berlin 21, den 11.März 1971.



Landgerichtsdirektor.

V e r m e r k !

Amruf vom kath. Anstaltsleiter. Er bat um die Genehmigung,
den Angeschuldigten Bohammer im Rahmen seiner seelsorge-
rischen Tätigkeit in Gesprächen und Unterhaltungen einzu-
beziehen, die nicht einzeln, sondern in kleinen Kreisen
von U-Häftlingen unter seiner Leitung durchgeführt werden
sollen.
Die Genehmigung wurde erteilt.

Berlin 21, den 11. März 1941.

Landgerichtsdirektor.

Der Untersuchungsrichter III
beim Landgericht Berlin

1 Berlin 21, den
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11

18. März 1971.

III VU 16.69

1 Js 1. 65 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Schreiben:

- 1.) Frau Anita S p i e ß ,
28 B r e m e n , Schönebecker Kirchweg 69.

Sehr geehrte Frau Spieß !

In der Strafsache gegen Herrn Friedrich Boßhammer, Ihren geschiedenen Ehegatten, führe ich die Voruntersuchung wegen des Vorwurfs, sich durch seine Tätigkeit im sogenannten Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes und als Leiter eines solchen Referats in Verona an der Vernichtung von jüdischen Menschen beteiligt zu haben.

Durch Herrn Rechtsanwalt Möller, dem Verteidiger Ihres geschiedenen Ehegatten, sind Sie mir über dessen Charakterstruktur und Persönlichkeit als Zeugin benannt worden. Er hat mir weiter mitgeteilt, daß Sie von dem Ihnen zustehenden Zeugnisverweigerungsrecht keinen Gebrauch machen wollen.

Ich beabsichtige deshalb, Sie am 1. April 1971 im Amtsgericht Bremen als Zeugin zu hören und darf Sie bitten, sich diesen Tag freizuhalten. Ihre Vernehmung wird keine längere Zeit beanspruchen. Den genauen Zeitpunkt und Ort der Vernehmung werde ich Ihnen noch rechtzeitig mitteilen. Eine förmliche Ladung geht Ihnen gesondert zu.

Sollten Sie wider Erwarten aus dringenden Gründen zum angegebenen Termin nicht erscheinen können, wäre ich Ihnen für eine umgehende Benachrichtigung verbunden.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Halbedel)
Landgerichtsdirektor.

20.11.71. am 18.3.71
Brem

Der Untersuchungsrichter III
beim Landgericht Berlin

III VU. 16.69

1 J 1. 65 (RSHA)

~ Bitte bei allen Schreiben angeben!

1 Berlin 21, den
Turmstraße 91
Fernruf: 35 0111

24
18. März 1971

2.) Herrn Rechtsanwalt M ö l l e r ,
56 Wuppertal-Oberbarmen,
Berliner Straße 106.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

In der Voruntersuchungssache gegen Herrn Friedrich
B o ß h a m m e r beabsichtige ich, die von Ihnen
beantragte Vernehmung von Frau Anita Spieß am 1. April
ds.Js. im Amtsgericht Bremen durchzuführen. Den genauen
Zeitpunkt und Ort der Vernehmung teile ich Ihnen noch
mit.

Für die weiter von Ihnen beantragte Vernehmung des
Herrn Albert Speer sehe ich keine Veranlassung. Die
in das Wissen dieses Zeugen gestellten Tatsachen erge-
ben m.E. keine neuen oder zusätzlichen Erkenntnismög-
lichkeiten für das Wissen Herrn Boßhammers als Ange-
höriger des Judenreferats.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

Zu 2) Hl. am 18.3.71
Lew

III VU. 16.69

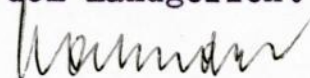
1 Js 1.65 (RSHA)

3.) Herrn General~~st~~staatsanwalt
bei dem Kammergericht, z.Hd. von Herrn Staatsanwalt
Stief,
im H a u s e ,

mit der Bitte um Kenntnissnahme unter Hinweis auf die
Unterredung in dieser Angelegenheit übersandt.

Berlin 21, den 18. März 1971

Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin



(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

Verfg.

- 1.) In der Voruntersuchungssache gegen Boßhammer ua.
wegen Beihilfe zum Mord wird Termin zur Vernehmung

der Zeugin Anita S p i e ß , 28 Bremen,
Schönebecker Kirchweg 69

auf den 1. A p r i l 1971 um 10 Uhr

vor dem Amtsgericht Bremen anberaumt.

- 2.) Nachricht von 1) an

a) Gener.Staatsanw. beim Kammergericht
z.Hd. Herrn Staatsanwalt Stief,
im Hause,

b) Verteidiger Rechtsanwalt Möller in Wuppertal-Oberbarmen,

c) Angeschuldigten,

d) Verw. ds.LG.Berlin, Herrn J'Amtm.Kämnitz,

e) Berechnungsstelle,

f) Herrn Rechtsanwalt von Heynitz in Berlin 30, Tauben-
zienstr.13.

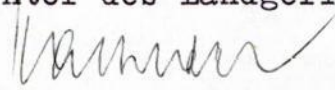
- 3.) Ladung an Frau Spieß m. ZU. u. dem Vermerk, sich
die Zimmer Nr. des Vernehmungsraumes beim Pförtner
des AG. Bremen sagen zu lassen.

- 4.) An AG.Dir. des Amtsgerichts Bremen schreiben u.
Genehmigung nach § 166 GVG einholen.

- 5.) Zum Termin.

Berlin 21, den 23.3. 1971

Der U-Richter des Landgerichts Berlin


(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

*gef. n. ab von
2) bis 4) am
23.3.71
24) siehe Anlage
Drews*

Luftpost

Der Untersuchungsrichter III
beim Landgericht Berlin

Berlin 21, den 23. 3. 1971

Turmstraße 91

Fernruf: 35 0111, App. ~~434~~ 384

III VU 9.70x 16.69

Bitte bei allen Schreiben
angeben.

An den
Herrn Amtsgerichtsdirektor des Amtsgerichts
in Bremen
28 B r e m e n .

Sehr geehrter Herr Kollege !

In der Voruntersuchungssache

gegen BoShammer u.a.

wegen Beihilfe zum Mord,

bedarf es der Vernehmung der Frau Anita Spieß, Bremen,
Schönebecker Kirchweg 69, als
Zeugen .

auf dem dortigen Amtsgericht.

Ich habe die Zeugen zum 1. April 1971, um 10.00 Uhr,

in das Dienstgebäude des Amtsgerichts geladen mit

dem Hinweis, daß ~~er~~ ^{sie} das Vernehmungszimmer beim

Pförtner erfragen möchte.

Ich bitte hiermit, mir die zur Vornahme meiner

auswärtigen Amtshandlung gem. § 166 GVG erforder-

liche Genehmigung zu erteilen und mir für die Dauer

der Vernehmung einen Urkundsbeamten und einen Raum

zur Verfügung zu stellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Halbedel)

(Heinze)

Landgerichtsdirektor

III

Verfg.

28
24. März 1971

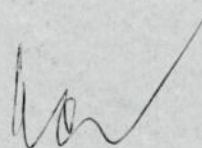
III VU 9. 70 u.
III VU 16.69

Schreiben an:

An die Justizkasse Berlin
-Berechnungsstelle-

im Hause.

In der Voruntersuchungssache gegen B o s h a m m e r
und in der Voruntersuchungssache gegen K ö n i g s h a u s
übersende ich in der Anlage je einen Dienstreiseplan mit
der Bitte um Anweisung eines Reisekostenvorschusses.
Die Dienstreise wird von mir am 1. April 1971 morgens
begonnen und wird etwa bis zum 18. April 1971 dauern,
weil die Dienstreise nach München noch durch zwei weitere
Vernehmungen in Kempten und Erlangen erweitert werden
soll.

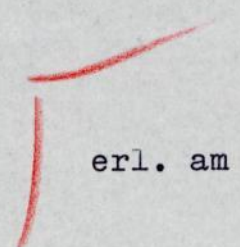


(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

erl. am 24.3.1971.

2 Anlagen.



Dreus

24. MRZ. 1971

29

Urschriftlich

dem Landgericht Berlin

III VU 16/63 RSHA



Zurücksendung halber zugesandt.

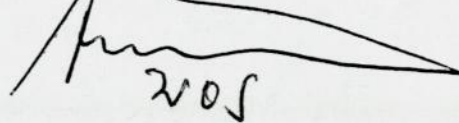
Der U-Gepr. Boghammer hat sich
im Zuge einer Rücksprache mit einer Bezirks-
kollektur einverstanden erklärt.

Berlin 21, den 22. MRZ. 1971

Untersuchungs- und
Aufnahmeanstalt Moabit

1 Berlin 21
Alt-Moabit

A. D. f. S. u. O. Hs. 10


2005

- 1) Naer Kuhnig
- 2) Kern Schipke miterleiden,
den der Prozess
im Januar 1963 i. St. abgelehnt werden kann
- 3) f. d. S.

Ber 27, den 24. März 1971

Kalender

Zu 2) gef. u. ab 1. Feb.
an Gek. 24.3.71
Brews

den 21. 3. 71

Sehr geehrter Herr Gindlach!

würden Sie die Freundlichkeit
haben, mir einen Besuchschein
für

Herrn Fritz Bockhammer

Krankenhaus 4

für Freitag, den 26. 3. 71
nachmittags gegen 15 Uhr
anzustellen.

Ich habe 13 h einen Termin
und möchte die Gelegenheit
benutzen, nach so langer
Zeit einmal wieder mit Ihnen
zu sprechen.

Hochachtungsvoll
Hanns Schietzelt
Berlin 15
Uhlandstr. 168



Herrn

Pol. Insp. Linnbach

Berlin Li

Alt Moabit 72a

Frankenhaus 4

Staatsanwaltschaft

**Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht**

Gesch.-Nr.: 1 Js 1/65 (RSA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Nur in der Sache 1 Berlin 21, den 22. März 1971
(betr. R...) Maschrift: Turmstr. 91, 1309
Fernruf: 35 01 11 (933.....)

1 Berlin 19 (Charlottenburg), den
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf: 306 00 11 (App.:)
(Im Innenbetrieb: 968)
Telex 182 749
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 – 13.00

31

Durch besonderen Wachtmeister

An den

Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

Herrn Landgerichtsdirektor Halbedel

zu III VU 16/69

Als Anlage übersende ich eine Ablichtung meines Antrages auf vorläufige Einstellung des Verfahrens gemäß § 154 StPO bezüglich des Angeschuldigten H u n s c h e sowie den in diesem Antrage genannten Vermerk, beides vom heutigen Tage, mit der Bitte um gefällige Kenntnisnahme.

Wie vereinbart, habe ich den Antrag der 8. großen Strafkammer unmittelbar zugeleitet. Die Ablichtung des Antrages bitte ich, mit einer Stellungnahme zu versehen und sie sodann ebenfalls der 8. großen Strafkammer zuzuleiten. Ich rege an, vor Weiterleitung die Voruntersuchung bezüglich des Angeschuldigten H u n s c h e zu schließen und dies der Strafkammer ebenfalls mitzuteilen.

Anlagen

✓
1. Verh. ber.
2. Prot.

24/3.71

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
(Stief)
Staatsanwalt

1.) V e r m e r k :

Nach dem in der Voruntersuchung bestätigten und teilweise vertieften Ergebnis der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft sind die Ausführungen der Staatsanwaltschaft in dem Vermerk vom 22. März 1971 zutreffend.

Der Angeschuldigte Hunsche war im Referat IV B 4 ab Ende 1942 Nachfolger von S u h r s in der Leitung des Unterreferats -b- und mindestens von diesem Zeitpunkt an nach Eichmann und dessen Vertreter Günther der bedeutendste Mitarbeiter des Referats. Das von ihm bearbeitete Gebiet der jüdischen Vermögensangelegenheiten beinhaltete zugleich die Schaffung der Grundlagen für die Einbeziehung der im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten lebenden ausländischen Juden in die Judenmaßnahmen; sowie für deren Durchführung. Hierbei war der Angeschuldigte derjenige, der in Kontakt mit dem Auswärtigen Amt für auftauchende Zweifelsfragen auch in Einzelfällen zuständig war und die zutreffenden Entscheidungen im Sinne der "Endlösung" wesentlich beeinflusste.

Dies ist aus den Ermittlungen klar ersichtlich. Sie ergeben auch mit Sicherheit, daß die zitierten Rund-erlasse von ihm verfaßt worden sind.

Diese Stellung im Referat, die Tatsache, daß er bei Abwesenheit von Eichmann und Günther die Leitung des Referats übernahm und die Bedeutung seiner Tätigkeit für die Einbeziehung der im deutschen Machtbereich lebenden Juden lassen vernünftige Zweifel daran nicht zu, daß er auch das mit allen Judenmaßnahmen verfolgte Ziel gekannt hat und sich der Tragweite seines Tuns bewußt gewesen ist.

Daß er seine Tätigkeit mit der entsprechenden inneren Einstellung ausübt hat, belegen die Zeugenaussagen zur Genüge. Die angeführten Beispiele sind zutreffend.

Die im Rahmen der Ermittlungen zutage getretenen

den Angeschuldigten belastenden Umstände sind insgesamt so gewichtig, daß sie die gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe rechtfertigen und damit zugleich die Wahrscheinlichkeit seiner Verurteilung begründen.

Einer weiteren Aufklärung des ihnen zugrunde liegenden Sachverhalts bedarf es nicht.

Die Voruntersuchung kann daher geschlossen werden.

2.) In der Strafsache

g e g e n den Rechtsanwalt Otto Heinrich
H u n s c h e ,

geboren am 15. September 1911 in Reckling-
hausen,

z.Zt. in der Untersuchungshaftanstalt Alt-
Moabit 12a, Gef.Buch-Nr. 688.71,

w e g e n

versuchten Mordes u.a.,

wird die Voruntersuchung gegen den Angeschuldigten
geschlossen.

Berlin 21, den 24. März 1971

Landgericht Berlin

-Der Untersuchungsrichter III -

(Handwritten signature)
(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

3.) Abschrift von 1) u.2)

an den Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht
-z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Stief-
im Hause.

zur Kenntnisnahme übersenden.

4.) Nachricht von 2) an

- a) Angeschuldigten,
- b) Verteidiger RA. Weimann,

Handwritten note:
Hr. 21-3/21.41
am 28.3.71
Gren

5.) U r s c h r i f t l i c h

Herrn Vorsitzenden der 8. Strafkammer des LG. Berlin
im Hause,

mit der Bitte um Kenntnisnahme zu dem dort befindlichen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einstellung des Verfahrens gemäß § 154 StPO übersandt. Für eine Entschädigung des Angeschuldigten wegen der erlittenen Untersuchungshaft sehe ich aus den Gründen des Vermerks zu 1) keinen Anlaß.

Berlin 21, den 24. März 1971

Der Untersuchungsrichter
bei dem Landgericht Berlin

Halbedel

(Halbedel)
Landgerichtsdirektor.

Vorwerk:

Herr G. Schickel hat heute
einen Sprechschein für Herrn Boßhagen
erhalten.

B.d. 26.3.71

Brews



25. MRZ. 1971

35

An den
Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht

HEINZ MÖLLER

Rechtsanwalt

56 Wuppertal-Oberbarmen

Berliner Straße 106

1 Berlin 21
Turmstr.

HEINZ MÖLLER

RECHTSANWALT

FERNRUF: 6 38 42 · POSTSCHECKKONTO KÖLN 48 299 · BANK: COMMERZBANK AG., WUPPERTAL-BARMEN 40 371

An den

Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht

56 WUPPERTAL-OBERBARMEN
Berliner Straße 106

Neue Ref.-Nr.:
66 38 42

den 24.3.1971 -M/Hi-

1 Berlin 21

In der Voruntersuchungssache
gegen

Herrn Friedrich Boßhammer

III VU 16.69

1 Js 1/65 (RSA)

bestätige ich dankend den Eingang der dortigen
Verfügung bzw. Benachrichtigung vom 18. März
1971.

Ich halte es für befremdend, daß der von mir be-
antragten Vernehmung des Herrn Albert Speer
nicht stattgegeben werden soll. Wenn der
Herr Untersuchungsrichter meint, die in das
Wissen dieses Zeugen gestellten Tatsachen
würden seines Erachtens keine neuen oder zu-
sätzlichen Erkenntnismöglichkeiten für das
Wissen Herrn Boßhammers als Angehöriger des
Judenreferates ergeben, so erachte ich diese
Meinung als eine unzulässige Vorwegnahme des
Ergebnisses der Beweisaufnahme.

Die Entscheidungsreife nach §§ 203, 204 Abs. II
StPO und die Beweissicherung nach § 190 Abs. 2
StPO sind das Ziel der Voruntersuchung, in
der die belastenden und entlastenden Umstände
gleichermaßen zu ermitteln sind. § 160 Abs. 2
StPO gilt auch für die Voruntersuchung ent-


sprechend. Danach sind nicht nur die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln und für die Erhebung der Beweise Sorge zu tragen, deren Verlust zu besorgen ist.

Immerhin dürfte es gerichtsbekannt sein, daß es sich um den früheren Reichsminister Albert Speer um einen alten Mann handelt, der rund 20 Jahre Strafhaft hinter sich gebracht hat.

Wenn dieser Zeuge z. Zt. auch noch sehr aktiv zu sein scheint, so ist dennoch die ernsthafte Besorgnis begründet, daß man seiner, für den Fall der Durchführung einer Hauptverhandlung in vorliegender Sache, nicht mehr habhaft ist.

Ich weise darauf hin, daß diesseits auf die Vernehmung dieses Zeugen bestanden wird.

Im übrigen wäre ich dankbar, wenn der Termin zur Vernehmung der Zeugin Spieß beim Amtsgericht in Bremen so festgelegt werden könnte, daß ich die Möglichkeit habe, am Terminstage rechtzeitig mit dem Kfz. gegebenenfalls auch mit der Bundesbahn anzureisen.


Rechtsanwalt

103/8

(Buchnummer)

Post. v. 30.3.71

(Ort und Tag)

Ich,

Boßhammer-Fri

(Name, Vorname)

Haus

IV

Abt.

V/12

habe folgende Bitte:

an

Eilt sehr E!

der Kopist schon am 4. 4. 1971

Herrn

Lg Sie. Halbedel:

Den Brief. Helmut Bernards scheint
beizufügen für meine Frau zu

Leustay, den 6. 4. 1971 zu

Mittwoch, den 7. 4. 1971

Mit herz. Dank
Vpfr:

Hochachtungsvoll

Boßhammer

(Unterschrift)

(Dieser Teil darf vom Antragsteller nicht beschrieben werden)

Vermerk:

Frau Boßhammer hat heute für den 6.u.7.4.
je einen Sprechschein zugesandt erhalten.

B.d. 1. 4. 1971.

Lreus

Aktenzeichen: III VU 16/69

Bremen, den 1. April 1971

Gegenwärtig:

Landgerichtsdirektor Halbedel
als Richter

Staatsanwalt Stief
als Vertreter der Staatsanwaltschaft

Rechtsanwalt Möller
als Verteidiger

Justizangestellte Wiemann
als Protokollführerin.

In der Voruntersuchungssache gegen

B o ß h a m m e r u.a.

erschien auf Vorladung zur Vernehmung:

Frau Anita Spieß, Bremen,
Schönebecker Kirchweg 69

als Zeugin.

Der Zeugin wurde eröffnet, worauf ~~xx~~ das
Verfahren sich bezieht und gegen wen es sich
richtet. Sodann wurde die Zeugin nach Ermahnung
zur Wahrheit und Belehrung gemäß §§ 57, 55 StPO
wie folgt vernommen:

Die Zeugin wurde weiterhin auf ihr Zeugnis-
verweigerungsrecht nach § 52 Abs.1 Nr. 12 StPO
hingewiesen.

Sie erklärte:

Ich will aussagen.

40

- 2 -

Zur Person:

Ich heiße Anita Spieß geb. Finke,
ich bin 59 Jahre alt, von Beruf Hausfrau,
wohnhaft in Bremen-Schönebeck.
Der Angeschuldigte ist mein geschiedener Ehemann.

Zur Sache:

Ich kenne meinenfrheren Ehemann von Kindheit an. Wir haben am 10. Oktober 1936 geheiratet. Unsere Ehe ist im Juli 1949 geschieden worden. Aus ihr sind vier Kinder hervorgegangen, die in den Jahren 1937, 1940, 1941 und 1944 geboren sind. Die Bekanntschaft mit meinem früheren Ehemann begann als ich etwa 13 oder 14 Jahre alt war. Sie führte in der Folgezeit dazu, daß ich in der Familie verkehrte und wir uns schon etwa zwei Jahre später als verlobt fühlten. Ich habe daher seinen Werdegang, seine Persönlichkeit und seine charakterlichen Anlagen schon verhältnismäßig früh verfolgen können. Hervorstechende Eigenschaften bei ihm waren damals, daß er sehr fröhlich und jungenhaft war und eine ausgesprochene musikalische, besser noch musische Begabung besaß. Diese ergab sich daraus, daß er ohne große Schwierigkeiten jedes Instrument spielen konnte, gut sang und auch rezitierte. Er spielte auch zeitweise in einer Jazzband. Er hat sich jedoch nie bemüht, diese Fähigkeiten weiter zu entwickeln. So hat er z.B. nie Wert darauf gelegt, sich ~~x~~Notenkenntnisse zu verschaffen. Auch sonst war es nicht sein Stärke, Leistungen zu zeigen, die eigentlich seinen Fähigkeiten entsprachen. So war es zwar ein guter Schüler, zugleich aber faul und pflegmatisch und tat nicht mehr als er mußte. Andererseits war er aber in der Lage, mit Erfolg Nachhilfestunden zu geben. Die gleichen Wesenszüge sind auch später für seine Weiterentwicklung, insbesondere seine Bemühungen im Berufsleben voranzukommen, bedeutsam gewesen und es hat lange gedauert, bis er soviel Geld verdiente, daß der Unterhalt der Familie gesichert war. Dies war erst 1940 der Fall. Davor hat er, trotz unserer Eheschließung und der Tatsache, daß wir schon Kinder hatten,

41

alles mögliche versucht, um zu einer Existenzgrundlage zu kommen. Hat Pläne gemacht und Überlegungen angestellt, ohne daß in diesen ein echtes Fortkommen zu erkennen gewesen wäre. So erinnere ich mich, daß er die Hoffnung hatte, bei den IG-Farben unterzukommen oder im Jugendherbergsvorstand festen Fuß zu fassen und sogar mit dem Gedanken spielte, Jugendherbergsvater zu werden. Ich habe zur damaligen Zeit nicht feststellen können, daß er sich ernstlich um eine sichere Grundlage für sich und seine Familie bemühte und er Gefallen daran fand, eine berufliche Tätigkeit seinen persönlichen Interessen unterzuordnen, anstatt seine Intelligenz und seine berufliche Ausbildung zu nutzen. Allerdings war es damals offenbar auch schwierig, als Akademiker eine geeignete Beschäftigung zu finden. Eine Wende trat erst ein, als ihm durch einen Schulkameraden, der Leiter des SD in Aachen, dort eine Stellung angeboten wurde. Diese Stelle nahm mein geschiedener Mann an, wie ich mich noch aus einem Gespräch zwischen ihm und seinem Freunde Knoß erinnere, ^{es war} ~~weil~~ sich dabei allerdings der Konsequenz, in die SS eintreten zu müssen, bewußt. Er akzeptierte hierbei aber die Erklärungen von Knoß, der ihn darauf hinwies, daß es doch eine Ehre sei, der SS anzugehören, die doch letztlich eine Art Ritterorden darstelle und zur Elite der Nation gehöre. Wir zogen daraufhin nach Aachen und blieben dort bis mein geschiedener Mann nach Wiesbaden versetzt wurde. Während seiner Tätigkeit in Aachen hatte ich das Gefühl, daß er über seine Tätigkeit nicht ganz glücklich war. Er sprach auch einmal davon, daß er den SD verlassen wolle. Welche Gründe hierfür maßgeblich waren, kann ich jedoch nicht mehr sagen. Es war dann aber so, daß er in Wiesbaden mit seiner Tätigkeit zufrieden war. Soweit ich mich erinnere, übte er doch etwa die Funktion eines SS-Richters aus. Er schrieb auch Urteile. Hinzu kam auch, daß auch die Umgebung, wir wohnten in Wiesbaden in einem kleinen Häuschen, im Vergleich zu früher ausgesprochen angenehm war.

Wenn ich soeben den Ausdruck "Urteile" verwandt habe, will ich mich auf diesen nicht festlegen. Es waren in jedem Falle Schriftstücke, die mit Verfahren gegen SS-Angehörige zusammenhängen. Mit fällt auch noch ein, daß im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in Wiesbaden, öfter Frauen zu ihm kamen, mit denen er solche Dinge besprach und die, nachdem sie weinend zu ihm gekommen waren, getröstet und dankbar gingen. Inwieweit er ihnen helfen konnte oder geholfen hat, kann ich allerdings nicht sagen. Es waren wohl Angehörige von SS-Leuten, gegen die Verfahren liefen, in welchen mein früherer Ehemann tätig war. Daß er zu dieser Zeit Dienstreisen gemacht hat, weiß ich heute nicht mehr. Ich weiß nur, daß er einmal in Paris gewesen ist. Daran, daß er nach Kassel abgeordnet wurde, erinnere ich mich auch noch. Er kam ganz plötzlich an und bat mich, seinen Koffer zu packen. Von dort aus ist er dann nach Berlin gekommen und zwar, soweit ich mich erinnere, in das Innenministerium zur Geheimen Staatspolizei. Anfang 1944 ist er dann nach Italien gekommen. Dort ist er bis zum Kriegsende geblieben. Aus seinen Erzählungen erinnere ich mich nur noch, daß er in Padua gewesen ist und hierbei auch Venedig erwähnt hat.

Welche Tätigkeiten er in den jeweiligen Dienststellen ausgeübt hat, oder mit welcher Materie er befaßt gewesen ist, hat er mir meiner Erinnerung nach nie erzählt. Ich habe hierüber auch nichts von dritter Seite erfahren. Ich habe keine Erinnerung daran, daß er jemals mir gegenüber von dienstlichen Angelegenheiten gesprochen hat. Wenn er zu Hause war, kümmerte er sich nur um die Kinder. Das war seine Hauptbeschäftigung, daneben ruhte er sich aus und benahm sich völlig lässig. An irgendwelchen Dingen, die außerhalb dieses Beschäftigungskreises lagen, hatte er kein Interesse. Wie schon in den früheren Jahren, war er kaum zu bewegen, gemeinsame Spaziergänge etwa mit dem Kinderwagen zu unternehmen, Besuche zu machen oder Veranstaltungen zu besuchen. Insoweit war er antriebsarm. Seine schon immer erkennbare, gewissermaßen pflegmatische Einstellung zu den Dingen des täglichen Lebens und des

Broterwerbs, prägte sich immer stärker aus. Die Verhaltensweise und Lebenseinstellung führte dann auch etwa ab seiner Versetzung nach Kassel dazu, daß ich mich von ihm innerlich zu entfernen begann und mich immer mehr darauf beschränkte, nur für die Kinder zu leben. Er selber merkte dies offenbar kaum, blieb weiterhin ein vorbildlicher Vater und kam auch mit gewissen persönlichen Sorgen, etwa im Hinblick auf Bekanntschaften zu anderen Frauen, zu mir, damit ich ihm helfe innerlich Klarheit zu bekommen, jedenfalls aber um sein Gewissen zu erleichtern. Durch die Trennung und meine Einstellung zu ihm, habe ich dann in der Folgezeit auch nur noch wenig innerlichen Kontakt zu ihm gehabt und auch wenig Anteil an seinem persönlichen Ergehen genommen. Ich habe mich deshalb auch nicht ~~xxx~~ bemüht, etwas Näheres über seine Lebensumstände oder seine dienstliche Tätigkeit von ihm zu erfahren. In seinem Wesen war seit seiner Tätigkeit in Kassel und Berlin äußerlich keine Änderung zu erkennen, daß er sich etwa in Gewissenkonflikten befand, habe ich nie bemerkt. Ich habe lediglich die Feststellung gemacht, daß er, wenn er zu Besuch in Wiesbaden war, im Gegensatz zu früher, unruhig schlief und auch im Schlaf sprach oder sogar schrie. Daß er Beziehungen zu anderen Frauen besaß, wußte ich. Ich kannte auch sein Verhältnis zu Fräulein Scholz. Vorhaltungen habe ich ihm deswegen nicht gemacht, es ist auch zu keinen Auseinandersetzungen zwischen uns gekommen. Ich hatte ihm zwar aufgrund dieser Vorkommnisse die Ehescheidung angeboten, er wollte sie jedoch nicht. Aus Italien hat er uns einmal, etwa ein viertel Jahr nach der Geburt unserer jüngsten Tochter am 12. Januar 1944, besucht. Er brachte eine Kiste mit Lebensmitteln und Spirituosen mit. Einmal schickte er auch ein Kinderfahrrad. Daran, daß er Lebensmittel geschickt hat, erinnere ich mich heute nicht mehr. Bei einem Besuch, den ich im Jahre 1943 in Berlin gemacht habe, erinnere ich mich. Wir waren während dieses Besuches beide zusammen und auch einmal mit einer größeren Gruppe im Schwimmstadion.

Wo ich in Berlin gewohnt habe , weiß ich heute nicht mehr. Ich erinnere mich auch ~~nicht~~ daran, daß ich in seiner Dienststelle, die in der Kurfürsten-Straße lag, gewesen bin. Ob oder welche Leute ich dort gesehen oder flüchtig kennengelernt habe, kann ich heute nicht mehr sagen. Jedenfalls ist der Name Eichmann mir erst nach dem Kriege bekannt geworden.

Wenn ich danach gefragt werde, ob ich Anhaltspunkte dafür habe, daß mein geschiedener Ehemann vom Schicksal der Juden etwas gewußt hat, oder ob er hiervon keine Kenntnis gehabt hat, so kann ich trotz sorgfältiger Prüfung keine konkreten Anhaltspunkte geben. Wenn ich dennoch der Meinung bin, er könne dies nicht gewußt haben, so beruht diese Meinung allein auf meinem Gefühl. Aufgrund der Erfahrungen, die ich während meiner Ehe mit meinem geschiedenen Ehemann gemacht habe und des Eindrucks, den ich von ihm gewonnen habe, möchte ich meinen, daß er solchen echten inneren Belastungen auf die Dauer nicht standgehalten hätte. Er war an sich ein sehr sensibler Mensch und , wie sich schon aus dem Vorhergesagten ergibt, im wesentlichen passiv eingestellt. Die Energie, mit solchen Dingen fertig zu werden, halte ich bei seiner Gefühlsbetontheit für ausgeschlossen, es sei denn, man unterstellte ihm eine völlige Gleichgültigkeit oder Desinteresse gegenüber seiner beruflichen Tätigkeit unter gleichzeitiger Beschränkung seiner Aktivität auf musische Dinge. Dies kann ich jedoch nicht beurteilen, insbesondere nicht für die Zeit ab Kassel, weil ich mich von da ab nicht mehr intensiv innerlich mit ihm beschäftigte. Ihn als kaltschnäuzig zu bezeichnen, habe ich keinen Anlaß, dazu war er, so wie ich ihn gekannt habe, viel zu weich und zu gefühlsbetont. Eines fällt mir jetzt noch ein, daß vielleicht Aufschluß über die Frage seiner Kenntnisse hinsichtlich des Schicksals der Juden geben könnte. Als die Frage auftauchte, ob meine Mutter und ich meinen Vater bei uns zu Haus aufnehmen würde, der sich seit langem wegen einer im ersten Weltkrieg erlittenen Hirnverletzung in einer Anstalt befand, hat er sich hierzu nicht geäußert, auch in Kenntnis der Tatsache, daß mein Vater lieber in der Anstalt bleiben würde, obwohl mein Vater später - gegen Ende des Krieges -

unerwartet, d.h. ganz plötzlich in einer anderen Anstalt verstarb und offenbar im Zusammenhang mit den damaligen Maßnahmen gegen Geisteskranke und Behinderte zu Tode gekommen ist. Inwieweit mein geschiedener Ehemann über die damaligen Maßnahmen gegen Geisteskranke unterrichtet gewesen ist, vermag ich jedoch nicht zu sagen. Hierfür besitze ich keine Anhaltspunkte. Nur gefühlmäßig möchte ich sagen, daß er es nicht über das Herzgebracht hätte, den Schwiegervater einem möglichen Tode auf diese Weise auszusetzen, sondern dann zugeraten hätte, ihn nach Hause zu nehmen.

Wenn ich vorher einmal gesagt habe, daß ich über seine dienstliche Tätigkeit nichts erfahren habe, so gilt dies auch für seine Anwesenheit bei einem Judenabtransport in Kassel. Ich erinnere mich nicht, daß er hierüber gesprochen hat. Hinsichtlich Kassel ist mir nur dunkel plötzlich in Erinnerung gekommen, daß er im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit dort von Werkspionage in einem Betriebe gesprochen hat.

selbst gelesen, genehmigt,
unterschrieben

Frau Frieda Spies

Wannan

Wannan

Vermerk:

- 1.) Herr Rechtsanwalt Möller hat Abschrift des umstehenden Protokolls überreicht erhalten.
- 2.) Herm Rechtsanwalt von Heynitz ist heute Abschrift des umst. Protokolls überandt worden.

Berlin 21, den 2. April 1971.

Heu

WOLFRAM VON HEYNITZ
RECHTSANWALT UND NOTAR

1 BERLIN 30, den
Tauentzienstraße 13a
(an der Gedächtniskirche)
Telefon: 24 19 77
PSK: Berlin-West 172 51

2.4.71

He/P

Telefonische Auskünfte und
Zusagen ohne schriftliche
Bestätigung unverbindlich.

An den
Herrn Untersuchungsrichter III
beim Landgericht

1 Berlin 21

Turmstr. 91

14	Anlagen
	Al.
	DM Kost M.

Strafsache Friedrich Boßhammer
III VU 16.69
1 J 1. 65 (RSA)

- 5. APR. 1971



Sehr geehrter Herr Landgerichtsdirektor!

In der Voruntersuchungssache gegen Herrn Friedrich Boßhammer darf ich namens und im Auftrage des Herrn Boßhammer darum bitten anzuordnen, daß Herr Friedrich Boßhammer bei der Zahnklinik der Freien Universität Berlin, und zwar bei Herrn Professor Dr. Dr. Ewald Harndt vorgeführt wird. Herr Boßhammer leidet an einem erheblichen Zahnverfall, der es wahrscheinlich notwendig machen wird, entweder eine Teilprothese oder eine Ganzprothese anzufertigen und wobei geprüft werden muß, welche Zähne entfernt werden müssen. Es handelt sich dabei um eine schwierige medizinische Entscheidung, weswegen Herr Boßhammer die zahnmedizinische Abteilung der Freien Universität in Anspruch nehmen will. Herr Professor Dr. Dr. Harndt ist bereit, die Prüfung und evtl. Behandlung zu übernehmen.

Mit Rücksicht darauf, daß die Voruntersuchung demnächst abgeschlossen sein wird und daß mit dem Beginn der Hauptverhandlung zu rechnen ist, erscheint es wünschenswert und zweckmäßig, daß Herr Friedrich Boßhammer jetzt die zahnmedizinischen Voraussetzungen schafft, um einer Hauptverhandlung ohne wesentliche und zeitraubende Störungen durchhalten zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rechtsanwalt

6. APR. 1971

U r s c h r i f t l i c h

an den Generalst.Anw. beim Kammergericht
-z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Stief-

im Hause,

mit der Bitte um Kenntnis- und Stellungnahme.
Ich beabsichtige, dem Antrage stattzugeben.

Berlin 21, den 5. April 1971.

Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

Auf Anordnung:

Brew

Wachstümlich

dem Untersuchungsrichter III

- vom Landgerichtsdirektor Kalbedel -

zurückgesandt:

*gegen die Ausführung bestehen - bei Anordnung ausreichender Vorichts-
maßnahmen - von hier aus keine Bedenken.*

*Sollte sich jedoch herausstellen, daß mehrere Ausführungen erforderlich
werden, wird angeregt, durch Rücksprache mit der Protokollleitung
zu klären, ob die weiteren Ausführungen nicht durch Weiterbehandlung
in der Kopfanstalt vermieden werden können.*

*P.S. Bei der Stellungnahme gehe ich davon aus, daß der
Antrag, die Kosten der Behandlung selbst trägt. Anders-
falls ersuchen die Inanspruchnahme eines Spezialisten
der FU um Stellung, die Behandlung dürfte dann in der
U. d. L. vorzunehmen sein. 13.4.71/Hof*

Berlin 21, den 7. IV. 1971

Staatsanwaltschaft beim Kammergericht

Stief

III VU 16.69

1 Js 1. 65 (RSA)

1.) Vermerk: Nach telefonischer Information des Verteidigers Rechtsanwalt v. Heynitz soll die mit Schriftsatz vom 2. April 1971 beantragte Zahnbehandlung auf eigene Kosten des Angeeschuldigten erfolgen.

2.)

B e s c h l u ß

In der Voruntersuchungssache

g e g e n Herrn Friedrich Robert B o ß h a m m e r ,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen,
-z.Zt. in Untersuchungshaft in der Untersuchungs-
haftanstalt Alt-Moabit 12a, Gef.Buch-Nr. 103.68-

w e g e n vers. Mordes u.a.,

wird die Ausführung des Angeeschuldigten in die Zahnklinik der Freien Universität zur Untersuchung und Begutachtung seines Zahnverfalls durch Herrn Prof. Dr.Dr. Harndt genehmigt.

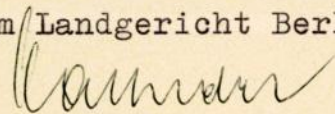
Die Genehmigung gilt auch für die bei einer Behandlung durch Herrn Prof. Dr.Dr. Harndt notwendig werdenden weiteren Ausführungen. Deren Zeitpunkte haben die Belange der Untersuchungshaftanstalt zu berücksichtigen.

Die Untersuchung und Begutachtung sowie eine eventuelle Behandlung erfolgen auf Kosten des Angeeschuldigten.

Berlin 21, den 15. April 1971

Der Untersuchungsrichter III

bei dem Landgericht Berlin


(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

3.) Abschrift von 1) u.2) an
die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Stief,
im Hause.

b.w.

- 4.) Ausfertigung von 2) an Vorstand der Untersuchungshaftanstalt unter Beifügung einer Abschrift des Antrages der Verteidigung vom 2. April 1971 zur Kenntnismahme.

Kaunert

ge. m. 2) u. 4)
neu 15.4.71
L. 11/18

Verfg.1.) V e r m e r k :

Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung ist davon auszugehen, daß der Angeschuldigte im Judenreferat des RSHA eine sachliche Stellung besessen hat, die für die Vorbereitung und Durchführung der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" entgegen seiner Einlassung nicht unbedeutend gewesen ist. Es muß für den derzeitigen Verfahrensstand als erwiesen angesehen werden, daß die das Sachbearbeiterzeichen des Angeschuldigten tragenden und von seinen Schreibkräften beglaubigten Dokumente von ihm stammen. Sie ergeben, daß der Angeschuldigte mit den Sachverhalten befaßt gewesen ist, die den gegen ihn von der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfen zugrunde liegen, und lassen gleichzeitig erkennen, daß der Angeschuldigte im Rahmen des ihm zugewiesenen Aufgabenbereichs wesentliche Arbeit geleistet hat. Sein Werdegang im RSHA zeigt deutlich, daß er im Laufe der Zeit in den von der Staatsanwaltschaft angeführten Teilaspekten der "Endlösung" an Bedeutung steigende Aufgaben zugewiesen erhalten hat, die schließlich in der Vorbereitung und Durchführung der Einbeziehung, Erfassung und Deportation der Juden in den im deutschen Machtbereich befindlichen Teilen Italiens gipfelten.

Dafür, daß der Angeschuldigte von dem mit der "Endlösung" verfolgten Ziel der physischen Liquidierung der Juden unterrichtet gewesen ist, sprechen genügend Anhaltspunkte, insbesondere der von Zeugen bekundete Umstand, daß er schon Anfang 1942 Unterlagen über die Aufgabe und Tätigkeit der Einsatzkommandos im Osten besessen und sie im Rahmen von Berichten verwertet hat. Hinzu kommt die Tatsache, daß er Zugang zu einem Teil der Auslandspresse, auch der des feindlichen Auslands besaß, und aus dieser die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden entnehmen konnte. Im übrigen war die Kenntnis von der Tötung der Juden un-

ter den Schreibkräften des Referats und den unteren Dienstgraden verbreitet. Es kann nicht ernstlich angenommen werden, daß der Angeschuldigte, noch dazu bei seiner Stellung und den mit seiner Tätigkeit verbundenen Einblicksmöglichkeiten in die im Judenreferat bearbeiteten Vorgänge, hiervon nichts erfahren hat, zumal die von ihm ausgeübte Sachbearbeitertätigkeit sich offensichtlich nicht in einem eng abgegrenzten Rahmen hielt. Weitere Beweiserhebungen zur Aufklärung des Sachverhalts bedarf es nach hiesiger Ansicht nicht. Ergänzende oder neue Beweismittel sind im übrigen nicht vorhanden. Die Voruntersuchung kann nunmehr auch formell geschlossen werden.

Berlin 21, den 16. April 1971
Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

Halbedel

(Halbedel)
Landgerichtsdirektor.

2.)

In der Voruntersuchungssache

g e g e n Friedrich Robert B o ß h a m m e r ,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen,
-z.Zt. in Untersuchungshaft in der Unter-
suchungshaftanstalt Alt-Moabit 12a, Gef.
Buch-Nr. 103.68 -

w e g e n

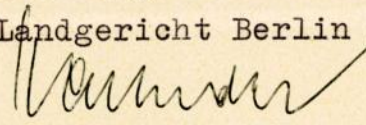
versuchten Mordes u.a.,

wird der Antrag des Verteidigers des Angeschuldigten,
Rechtsanwalt Möller, vom 5. Februar 1971 auf Vernehmung
des ehemaligen Reichsministers Albert Speer zurückgewie-
sen.

Die in das Wissen des Zeugen gestellten Tatsachen
des Bestehens des Führersbefehls Nr. 1 und seine Un-
kenntnis vom Schicksal der Juden kann als wahr unter-
stellt werden.

Berlin 21, den 16. April 1971

Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin


(Halbedel)
Landgerichtsdirektor.

3.) Die Voruntersuchung

g e g e n Friedrich Robert B o ß h a m m e r ,
geboren am 20. Dezember 1906 in Opladen,
-z.Zt. in Untersuchungshaft in der Unter-
suchungshaftanstalt Alt-Moabit 12a, Gef.
Buch-Nr. 103.68 -

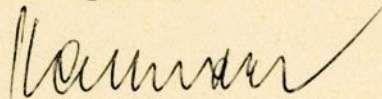
w e g e n

versuchten Mordes u.a.,

wird geschlossen.

Berlin 21, den 16. April 1971

Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin



(Halbedel)

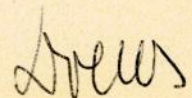
Landgerichtsdirektor.

4. Ausfert. von 2) und 3) an Verteidiger

- a) Rechtsanw. Möller
- b) Rechtsanw. von Heynitz

5.) Abschrift von 3) an Angeschuldigten.

Gef. u. ab zu 4) u. 5)
am 19.4. 1971



Verf.

1.) V e r m e r k :

Nach dem Ergebnis der Voruntersuchung ist davon auszugehen, daß der Angeschuldigte im Judenreferat des RSHA eine sachliche Stellung besessen hat, die für die Vorbereitung und Durchführung der sogenannten "Endlösung der Judenfrage" entgegen seiner Einlassung nicht unbedeutend gewesen ist. Es muß für den derzeitigen Verfahrensstand als erwiesen angesehen werden, daß die das Sachbearbeiterzeichen des Angeschuldigten tragenden und von seinen Schreibkräften beglaubigten Dokumente von ihm stammen. Sie ergeben, daß der Angeschuldigte mit den Sachverhalten befaßt gewesen ist, die den gegen ihn von der Staatsanwaltschaft erhobenen Vorwürfen zugrunde liegen und lassen gleichzeitig erkennen, daß der Angeschuldigte im Rahmen des ihm zugewiesenen Aufgabenbereichs wesentliche Arbeit geleistet hat. Sein Werdegang im RSHA zeigt deutlich, daß er im Laufe der Zeit in den von der Staatsanwaltschaft angeführten Teilaspekten der "Endlösung" an Bedeutung steigende Aufgaben zugewiesen erhalten hat, die schließlich in der Vorbereitung und Durchführung der Einbeziehung, Erfassung und Deportation der Juden in den im deutschen Machtbereich befindlichen Teilen Italiens gipfelten.

Dafür, daß der Angeschuldigte von dem mit der "Endlösung" verfolgten Ziel der physischen Liquidierung der Juden unterrichtet gewesen ist, sprechen genügend Anhaltspunkte insbesondere der von Zeugen bekundete Umstand, daß er schon Anfang 1942 Unterlagen über die Aufgabe und Tätigkeit der Einsatzkommandos im Osten besessen und sie im Rahmen von Berichten verwertet hat. Hinzu kommt die Tatsache, daß er Zugang zu einem Teil der Auslandspresse, auch der des feindlichen Auslands besaß, und aus dieser die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden entnehmen konnte. Im übrigen war die Kenntnis von der Tötung der Juden un-

ter den Schreibkräften des Referats und den unteren Dienstgraden verbreitet. Es kann nicht ernstlich angenommen werden, daß der Angeschuldigte, noch dazu bei seiner Stellung und den mit seiner Tätigkeit verbundenen Einblicksmöglichkeiten in die im Judenreferat bearbeiteten Vorgänge, hiervon nichts erfahren hat, zumal die von ihm ausgeübte Sachbearbeitertätigkeit sich offensichtlich nicht in einem eng abgegrenzten Rahmen hielt. Weitere Beweiserhebungen zur Aufklärung des Sachverhalts bedarf es nach hiesiger Ansicht nicht. Ergänzende oder neue Beweismittel sind im übrigen nicht vorhanden. Die Voruntersuchung kann nunmehr auch formell geschlossen werden.

Berlin 21, den 16. April 1971
Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

(Halbedel)
Landgerichtsdirektor.

WOLFRAM VON HEYNITZ
RECHTSANWALT UND NOTAR

54
1 BERLIN 30, den 15. April 1971
Tauentzienstraße 13a
(an der Gedächtniskirche)
Telefon: 24 19 77
PSK: Berlin-West 17251
Telefonische Auskünfte und
Zusagen ohne schriftliche
Bestätigung unverbindlich. He/Bö

An den
Untersuchungsrichter III
beim Landgericht Berlin

19. APR. 1971

1 Berlin 21
Turmstraße 91

Betr.: Strafsache Friedrich Boßhammer
III VU 16/69 / 1 Js 1/65 (RSA)

In der Voruntersuchungssache gegen Herrn Friedrich Boßhammer, teile ich namens des Herrn Boßhammer und im ausdrücklichen Einverständnis mit seinem weiteren Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Heinz Möller, Wuppertal-Oberbarmen mit, daß seitens des Herrn Boßhammer auf ein Schlußgehör in der Voruntersuchungssache verzichtet wird.

Verf. ber.
19.4.71
WV

Rechtsanwalt

W. von Heynitz

III VU. 16.69

1 Js 1. 65 (RSA)

55

U r s c h r i f t l i c h mit Bd. CXVIII d.A.

an die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht
-z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Stief-

im Hause (Wilsnacker Straße)

Eing.
20. APR. 1971
N.

unter Hinweis auf vorstehende Verfügungen nach Abschluß
der Voruntersuchung übersandt. Ausweislich des in der Anlage
beigefügten Schriftsatzes der Verteidigung vom 15. April 1971
ist nunmehr auch formell auf das Schlußgehör verzichtet worden.

Berlin 21, den 19. April 1971

Der Untersuchungsrichter III
bei dem Landgericht Berlin

H. Müller
(Halbedel)

Landgerichtsdirektor.

St. A. b. K. g.
wilsnackes
St. b.

Bd. CXVIII

Bd. CXVIII